

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 14./15./16.12.2021

Zur 5. Sitzungsperiode des Landtages standen wieder zahlreiche Themen auf der Tagesordnung, über die am 14., 15. und 16. Dezember debattiert und abgestimmt wurde.

#Pandemie

#Nachtragshaushalt und Sondervermögen

Nachdem die Landesregierung den Entwurf eines Nachtragshaushaltsbegleitgesetzes 2021 im November in den Landtag eingebracht hatte, stand nunmehr die zweite und abschließende Beratung auf der Tagesordnung. In ihrer Rede kritisierte die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern*, dass die Landesregierung bereits 2020 ein Sondervermögen hätte auf den Weg bringen können, wie es die Linksfraktion gefordert hatte. Stattdessen habe sie wertvolle Zeit verstreichen lassen.

Zum Nachtragshaushalt beantragte die Linksfraktion einen Coronabonus für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen in Sachsen-Anhalt. „500 Euro steuerfrei sollen nicht nur für Mediziner, Krankenschwestern, Pfleger*innen, Rettungsassistenten, Sanitäter*innen und Arzthelfer sondern eben auch für das nichtmedizinische Personal in den Einrichtungen gezahlt werden“, so die Fraktionsvorsitzende. Außerdem sieht der Antrag vor, denjenigen, die überdurchschnittlich von pandemiebedingter Arbeitslosigkeit betroffen seien, in den nächsten Jahren mit zusätzlichen Fördermitteln helfen. Dazu gehören bundesweit vor allem Menschen mit Behinderungen. Weitere Schwerpunkte, denen der Nachtragshaushalt nicht gerecht werde, sind Jugendsozial- und Jugendmedienarbeit, häusliche Gewalt, Frauen- und Kinderschutzhäuser, Luftfilter für Schulen sowie eine bessere Unterstützung für die Kommunen. All die von der Linksfraktion vorgeschlagenen Maßnahmen haben einen Umfang von zusätzlichen 180 Millionen Euro. Wir sehen darin in den genannten Bereichen dringenden Handlungsbedarf, der Landtag leider nicht, denn unser Antrag wurde abgelehnt.

#aktuell debattiert - Pflegenotstand

Gelobt, beklatscht, aber schlecht bezahlt

Seit Jahren sind die schlechten Arbeitsbedingungen und die unzureichende Bezahlung im Gesundheitswesen, vor allem beim Pflegepersonal, Thema. Getan hat sich nichts. Dazu sagte die *gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger*: „Wie erwähnt: Der Worte gab es schon viele. Jetzt gab es dazu auch noch den Applaus in der Pandemie und das stetige Loben des Einsatzes der vielen Beschäftigten im Gesundheitssystem. Aber glauben Sie wirklich, dass das reicht?“ Das Pflegepersonal werde weiter auf Verschleiß gefahren. Deutschlandweit haben tausende Pflegekräfte ihrem Beruf den Rücken gekehrt, auch in Sachsen-Anhalt. Wir brauchen ein Gesundheitssystem, welches sich an den Bedürfnissen der Patient*innen orientiert, statt Gewinne zu erwirtschaften. Das Personal braucht schnellstmöglich höhere tarifgebundene Löhne, um einen Kollaps des Gesundheitswesens zu verhindern.

Auch die Beschäftigten der landeseigenen Kliniken und Universitätskliniken profitieren nicht vom Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder. Deshalb hat die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht. Dazu sagte der *wissenschaftspolitische Sprecher Hendrik Lange*: „Wir sind uns alle darin einig, dass die Beschäftigten in den Kliniken in der Pandemie Großartiges leisten, sonst übrigens auch. Das muss sich auch in der Lohntüte widerspiegeln; denn Klatschen allein reicht nicht.“

Unser Antrag möchte erreichen, dass mindestens die Tarifvereinbarungen der TdL zeit- und inhaltsgleich übernommen werden.“ Sollte ein Haustarifvertrag bessere Regelungen enthalten, dürften diese nicht verschlechtert werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Corona-Bonus auf alle Beschäftigten in den Kliniken, einschließlich der Subunternehmen, d.h. auch Reinigungskräfte, Beschäftigte in Krankenhausküchen, bei Caterern. Der Antrag wurde zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

#Schulsozialarbeit

Sicherung der Schulsozialarbeit in allen Regionen!

Mit der neuen Landesrichtlinie zur Schulsozialarbeit haben sich die Rahmenbedingungen für kreisfreie Städte und Landkreise geändert. Diese müssen künftig einen Eigenanteil von 20 Prozent bei den Schulsozialarbeiter*innen und 40 Prozent für die Netzwerkstellen aufbringen. Das bringt insbesondere Kommunen in schwieriger Haushaltslage in Bedrängnis und gefährdet das bisher Erreichte. Deshalb betonte die *sozialpolitische Sprecherin* **Monika Hohmann** bei der Einbringung des Antrages: „Alle diese von mir kurz skizzierten Unklarheiten haben uns veranlasst, Ihnen heute diesen Antrag vorzulegen. Wir sind der Meinung, dass die Fortführung der Schulsozialarbeit nach dem bisherigen ESF-Programm ‚Schulerfolg sichern‘ in der neuen EU-Förderperiode in allen Landkreisen und kreisfreien Städten mindestens auf dem bisherigen Niveau sichergestellt werden muss.“ Das Land müsse durch die Gewährung eines finanziellen Ausgleichs dafür Sorge tragen, dass der Umfang der Schulsozialarbeit nicht davon abhängt, ob es sich um finanzschwache oder finanzstarke Kommunen handelt. Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

#Bildung

Rettungsschirm für Sachsen-Anhalts Schulen

Angesichts der weiter sinkenden Unterrichtsversorgung in den Schulen Sachsen-Anhalts fordert die Linksfraktion einen Rettungsschirm. Dabei verschärfen sich die Unterschiede sowohl zwischen den Regionen, Stadt und Land als auch zwischen den einzelnen Schulformen. Besonders betroffen sind Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen im Land. Wenn nicht endlich agiert werde, so der *bildungspolitische Sprecher* **Thomas Lippmann**, gebe es keine Aussicht auf Besserung, weit über das Jahr 2030 hinaus. Davon werden dann Zehntausende Schülerinnen und Schüler betroffen sein. Der Antrag beinhaltet ein ganzes Maßnahmenbündel, angefangen von bedarfsgerechten Abordnungen, Gewinnung von pädagogischem Personal, Ausbau der ganztagspezifischen Angebote bis hin zu mehr Studienplätzen für Lehramtsstudierende und eine inhaltliche Neuausrichtung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in allen Schulformen durch ein gemeinsames Lehramtsstudium für Gymnasium und Schulen der Sekundarstufe I. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

#Bodenmarkt

Bodenspekulationen eindämmen

Nach dem erneut gescheiterten Ansatz, den landwirtschaftlichen Bodenmarkt in der 7. Legislatur zu regulieren, hat die Fraktion Bündnis 90/Grüne beantragt, die sogenannten Share Deals, also Anteilkäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen, endlich zu regulieren. Dazu sagte *agrarpolitische Sprecherin* **Kerstin Eisenreich**, dass die Share Deals immer noch auf dem bisherigen gesetzlichen Stand verharren, intransparent seien und dafür sorgen, dass zahlungskräftige Investoren fast unbehelligt über beherrschenden Einfluss auf Agrargesellschaften und damit mittelbar über den Boden verfügen. Außerdem werde die Grunderwerbsteuer umgangen, wenn maximal 90 Prozent der Anteil erworben würden.

„Hier kommt es bisher einer massiven Konzentration von Boden, die weitestgehend unreguliert und lukrativ ist, aber auch erheblichen Einfluss auf das Wirtschaften in den Agrarunternehmen und die Strukturen im ländlichen Raum hat.“, so Eisenreich weiter. Durch die Nichtregulierung auf Landesebene verschärft sich die Bodenmarktsituation und bringt landwirtschaftliche Betriebe, die durch derzeitige Preissteigerungen für Betriebsmittel oder Absatzverluste durch die drohende Afrikanische Schweinepest massiv in Bedrängnis geraten, noch weiter in existenzielle Nöte, mit allen negativen Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Deshalb unterstütze die Linksfraktion den Antrag. „Der Boden ist im Dorf und in der ländlichen Struktur zu erhalten. Er gehört nicht in die Hände von Spekulanten.“ Der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Abberufung des Vorsitzenden des Rechtsausschusses

Die demokratischen Fraktionen im Landtag heben einen gemeinsamen Antrag auf Abberufung des Vorsitzenden des Ausschusses für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz, Hans-Thomas Tillschneider (AfD) auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu heißt es, dass die AfD, allen voran Herr Tillschneider, die Verfassung seit Beginn ihrer Abgeordnetentätigkeit vehement mit Füßen getreten habe. Den Nationalsozialismus verherrlichende Aussagen im Parlament und seine Nähe zum rechtsextremen Institut für Staatspolitik machten ihn als Ausschussvorsitzenden untragbar.

Mit einem offenkundigen Manöver umging die AfD die Abstimmung, indem sie selbst am Tage der Parlamentsberatung den Vorsitzenden zurückzog und eine andere Abgeordnete der Fraktion zur Ausschussvorsitzenden berief. Zwei Tage später, am Freitag, berief sie jedoch Herrn Tillschneider erneut als Ausschussvorsitzenden. Darauf reagierte die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern* in einer Pressemitteilung: „Die AfD spielt üble Spiele mit der höchsten Vertretung der Menschen in diesem Land, dem Landtag. Die Abberufung und Wiederernennung von Hans-Thomas Tillschneider kommt einem politischen Schmierer-Theater gleich.“

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 20. Dezember 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Dezember 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.